



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

12 junge, neue SPD-Bundestagsabgeordnete unterstützen Pläne zur Grundrente

Olching, 21.03.2019

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Die 12 jungen, neuen SPD-Abgeordneten im Bundestag nehmen wie folgt Stellung zu den Plänen zur Grundrente:

Die Junge Union und ihr neuer Vorsitzender lehnen die Grundrente ab. Das zeigt vor allem eins: Ihnen sind Spitzenverdiener*innen und Vermögende wichtiger als die Bekämpfung von Altersarmut. Tilman Kuban hat nicht verstanden, dass es statt neoliberaler Steuersenkungen Solidarität und richtig verstandene Generationengerechtigkeit braucht.

Mit der Grundrente hat die SPD eine richtige Antwort auf die zu geringen Renten und Altersarmut gegeben. Als junge Bundestagsabgeordnete begrüßen wir das Konzept von Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil und sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Generationensolidarität. Menschen, die 35 Jahre gearbeitet und/ oder Erziehungs- oder Pflegezeiten geleistet haben, verdienen eine Rente über dem Niveau der Grundsicherung.

Zu oft wurde der Begriff Generationengerechtigkeit missbraucht, um den Sozialstaat zu schwächen. Wir brauchen eine Richtigstellung des Begriffs: Generationengerechtigkeit bemisst sich gerade nicht in Schulden oder an einer schwarzen Null. Wir vererben unseren Kindern nicht in erster Linie einen Kontostand, sondern ein Land mit Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Beides müssen wir wieder mehr ins Auge fassen.

Die Grundrente ist nicht nur gerecht, sie ist auch ökonomisch sinnvoll: Die Mittel, die im Rahmen der Grundrente umgelegt werden, werden die Kaufkraft von



Rentnerinnen und Rentnern steigern und tragen so zur wirtschaftlichen Prosperität bei.

Konservative und (Neo-)Liberale hingegen wollen Spitzenverdiener*innen über den Solidaritätszuschlag um 10 Milliarden entlasten. Ökonomisch wie sozialpolitisch ist das nicht nur ungerecht, sondern auch unsinnig, weil es lediglich die Sparquote erhöht.

Solidarität mit Rentner*innen oder Steuergeschenke für Spitzenverdiener*innen: Hier wird in aller Klarheit deutlich, wie sich die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik von den Vorschlägen von CDU und CSU unterscheiden.

Berlin, den 20.03.2019

Dr. Wiebke Esdar, MdB
Timon Gremmels, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Elvan Korkmaz, MdB
Helge Lindh, MdB
Siemtje Möller, MdB
Falko Mohrs, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Johannes Schrapf, MdB
Michael Schrodi, MdB
Dr. Manja Schüle, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB